

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement**

1. Sitzung  
2. September 2013

Beginn: 16.04 Uhr  
Schluss: 17.23 Uhr  
Vorsitz: bis Punkt 2 a Joachim Luchterhand (CDU);  
ab Punkt 2 a Martin Beck (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Konstituierung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl

- a) der/des Vorsitzenden
- b) der/des stellvertretenden Vorsitzenden
- c) der Schriftführerin/des Schriftführers
- d) der stellvertretenden Schriftführerin/des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### Verfahrensregeln

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

#### Aktuelle Viertelstunde

**Christopher Lauer** (PIRATEN) interessiert, was der Senat unter dem Geschäftsbereich des Ausschusses Bürgerschaftliches Engagement verstehe.

**Staatssekretärin Hella Dunger-Löper** (SKZl) bemerkt, darüber könne sie gerne – alle Senatsressorts umfassend – in einer späteren Sitzung ausführlicher mittels einer Power-Point-Präsentation berichten. Den für sie sperrigen Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ ersetze sie gerne mit „Einmischen“. Einmischen beginne mit Engagement in der Nachbarschaft und umfasse vielfältigste Aktivitäten freiwilliger Art bis zum politischen Engagement und Partizipation. Bürgerschaftliches Engagement stehe in der Tradition des „Citoyen“ – in Unterscheidung zum „Bourgeois“ –, der sich auf freiwilliger Basis einmische und Verantwortung übernehme, um das gesellschaftliche Zusammenleben zu verbessern. Literaturvorschläge für den Ausschuss mit Links z. B. zum Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ von 2003 würden den Ausschussmitgliedern verteilt. Dort sei auch der aktuelle Engagementbericht der Bundesregierung aufgeführt, außerdem Literatur, die sich mit Abgrenzungsfragen beschäftige. Die gedruckten Fassungen der Literaturvorschläge könnten, wenn gewünscht, auch gerne zur Verfügung gestellt werden.

Der Regierende Bürgermeister habe am vergangenen Mittwoch mit dem Hauptpersonalrat eine Vereinbarung unterzeichnet, um das bürgerschaftliche Engagement im öffentlichen Dienst zu fördern. Der Hauptpersonalrat habe darauf bestanden, auch die Personalratsarbeit als wesentliches Element bürgerschaftlichen Engagements zu betrachten. Auch der in der Sitzung verteilte Freiwilligensurvey 1999 bis 2004 bis 2009 zeuge von einem umfassenden Begriff des bürgerschaftlichen Engagements.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) erkundigt sich, warum es für die Jahre 2014 und 2015 keinen ESF-Mittel-Ansatz für die beiden Projekte „Engagiert in Berlin“ und „Freiwillig macht Schule“ in Titel 272 92 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2007-2013) – in Epl. 03, Kapitel 03 00 gebe. Dort sei 2011 ein hoher Rest zu verzeichnen, 2013 geringe Ansätze und 2014/2015 keine Ansätze mehr.

**Staatssekretärin Hella Dunger-Löper** (SKZl) erklärt, die beiden Projekte seien beendet und abgerechnet, weshalb für die Projekte keine Mittel mehr notwendig seien. Die Möglichkeit, ESF-Mittel einzusetzen existiere zwar, aber diese müssten mit Landesmitteln kofinanziert werden, was nicht möglich sei. Deshalb würden die ESF-Mittel nicht in Anspruch genommen. Auch über Stiftungen oder Wohlfahrtsverbände habe keine Finanzierung ermöglicht werden können.

**Marion Platta** (LINKE) erkundigt sich, welche Themen 2014 für die Fachtagungen „Wege zum Bürgerschaftlichen Engagement in den Berliner Bezirken“ vorgesehen seien.

**Staatssekretärin Hella Dunger-Löper** (SKzl) antwortet, da mit den Fachtagungen die sozialräumliche Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement in den Blick genommen werden solle und Entscheidungsträger auf bezirklicher Ebene zusammengebracht und mit Themen bürgerschaftlichen Engagements konfrontiert werden sollten, sei zuerst das Thema Freiwilligenagentur, dann die Partizipation auf bezirklicher Ebene behandelt worden. Im Herbst werde Migration Thema sein. Für 2014 seien die Themen noch nicht festgelegt. Ausgehend von einem kürzlich erschienen Buch von Gerald Hüther, „Kommunale Intelligenz“ sei beabsichtigt, den theoretischen Rahmen für die Aktivitäten im Sozialraum näher zu betrachten und aus dieser Perspektive neue Initiativen zu entwickeln.

**Vorsitzender Martin Beck** stellt fest, dass die Aktuelle Viertelstunde abgeschlossen sei.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### Verschiedenes

**Staatssekretärin Hella Dunger-Löper** (SKzl) weist darauf hin, dass in der kommenden Woche die bundesweite Engagementwoche eröffnet werde. Berlin werde hierzu Veranstaltungen anbieten. Am 13. September werde das 25-jährige Jubiläum des Treffpunkts Hilfsbereitschaft gefeiert, wozu alle eingeladen seien. Am 13./14. September 2013 werde der Freiwilligentag in Berlin veranstaltet, der insbesondere vom Paritätischen Wohlfahrtsverband getragen werde. Die Initiative „Wir-Berlin“ veranstalte den Aktionstag „Saubere Stadt, an der sich viele Initiative und Einzelne beteiligten. Dies sei der Auftakt zur Berliner Engagementwoche. Schriftliches Informationsmaterial liege vor.

Das Thema Sozialraumorientierung werde in einem Verwaltungsreformprojekt angestoßen, wofür Treptow-Köpenick federführend sei. Das vermutlich zwei Jahre laufende Projekt beginne am 1. Oktober 2013 und werde Modelle entwickeln, wie Vernetzung auf Sozialraumebene auf die Gesamtstadt übertragen werden könne. Damit solle ein erheblicher Impuls gesetzt werden, im Sozialraum verstärkt Initiativen zu bündeln und neue anzustoßen.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) erkundigt sich, warum die Redaktionsräume der Obdachlosenzeitung „Straßenfeger“ im Bezirk Pankow gekündigt worden seien. Wie stehe der Senat dazu?

**Vorsitzender Martin Beck** weist darauf hin, dass diese Frage im Ausschuss für Gesundheit und Soziales bzw. in der Aktuellen Viertelstunde hätte gestellt werden sollen. Er werde sie ausnahmsweise zulassen.

**Staatssekretär Dirk Gerstle** (SenGesSoz) kündigt an, die Antwort nachzuliefern.

**Vorsitzender Martin Beck** schlägt vor, dass dies Ausschuss GesSoz berichtet werden solle. – Da noch Zeit sei, könnten die Abgeordneten kurz über ihre Vorstellungen über die Arbeit des Ausschusses sprechen.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) bemerkt, sie sei sehr daran interessiert, darüber zu diskutieren, was der Ausschuss behandeln solle. Bürgerschaftliches Engagement würdigende Broschüren allein zu behandeln, reiche nicht aus. Vor dem Hintergrund, dass das Volksbegehren Energie von der Koalition vermutlich abgelehnt werde oder angesichts der mangelnden Bürgerbeteiligung an Baugroßprojekten sollten auch andere Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements im Ausschuss behandelt werden. Sei es für die anderen Fraktionen vorstellbar, auch bei einer Bürgerinitiative zu tagen z. B. jene, die sich gegen die Bebauung der Tempelhofer Freiheit engagierten? Bürgerschaftliches Engagement sei weit zu fassen, bis hin zu Menschen, die eine Veränderung in der Politik oder einzelnen Entscheidungen wollten.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) wendet ein, der Ausschuss könne auch eingesetzt worden sein, damit die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht den Vorsitz bei einem möglichen Untersuchungsausschuss Staatsoper oder NSU bekämen. Vor dem Einsetzen des Flughafen-Untersuchungsausschusses sei auch überlegt worden, diesen Ausschuss einzusetzen. Es dürfe nicht passieren, dass der Ausschuss sich selbst nicht ernst nehme. Bürgerschaftliches Engagement sei für ihn überall da zu finden, wo sich Bürger einmischten und engagierten.

**Rainer-Michael Lehmann** (SPD) entgegnet, niemand wolle die 800 000 Menschen, die sich in Berlin ehrenamtlich engagierten, zum politischen Spielball nutzen. Der Ausschuss solle kein politisches Theater sein, sondern ein Ausschuss, in dem die Abgeordneten zuhören sollten, wo die Probleme lägen, um dann zu überlegen, wie sie gelöst werden könnten.

**Danny Freymark** (CDU) betont, dass ein Ausschuss, der vor Ort tage, immer den Anspruch habe, den Menschen zu helfen. Wenn Probleme aufträten, sei es Aufgabe des Ausschusses, sie zu lösen. Wichtig sei es aber auch, den Ehrenamtlichen Anerkennung zu zollen, z. B. den Feuerwehrleuten, die in den Hochwassergebieten geholfen hätten.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) wendet ein, niemand hindere den politisch verantwortlichen Innensenator den Feuerwehrleuten zu danken. – Es sei kein Ausschuss nötig, um mit Bürgern in Kontakt zu kommen. Hierfür gebe es Mailadressen, Sprechstunden u.a. Die Anerkennungskultur allein zu fördern reiche nicht aus, es müssten auch konkrete Probleme gelöst werden.

**Alexander Morlang** (PIRATEN) zeigt sich erfreut, dass alle Fraktionen betont hätten, wie ernst sie den Ausschuss nehmen wollten. Vororttermine seien wichtig, wobei nicht nur die Lieblingsinitiativen der Fraktionen besucht werden sollten. Die partizipativen Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements seien wichtig und Teil der Arbeit der Abgeordneten.

**Marion Platta** (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass die Ansprüche und Erwartungen der engagierten Bürger an Anerkennung unterschiedlich seien. Berlin habe in Bezug auf Anerkennung Nachholbedarf. Hier müsse der Ausschuss für die Bürgerinnen und Bürger in den Verwaltungen mehr erreichen, z. B. auch wenn es um Räume für bürgerschaftliches Engagement gehe

**Vorsitzender Martin Beck** spricht sich ebenso dafür aus, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern.

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.